

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

**Das neue Baden. Kreisausgabe Stadt und Landkreis Lahr.
1947-1949
1948**

60 (3.8.1948)

DAS NEUE BADEN

TAGESZEITUNG DER DEMOKRATISCHEN PARTEI FÜR BADEN

erschienenstage: Dienstag, Donnerstag, Samstag / Monatsbeitrag: DM 1.80
einshl. Tragegeld, bei Postbezug DM 1.96 / Anzeigen nach Preisliste 3
Unverlangt eingegangene Manuskripte können nicht zurückgesandt werden

Lahrer Kreis- und Anzeigebblatt

Telefon: Verlag u. Redaktion Lahr 2345 / Postcheckkonto: Freiburg i. Br. 4400
und Karlsruhe 2046 / Bankkonto: Oberheinische Bank, Zweigstelle Lahr
Keine Ersatzanspr. bei Störung durch höh. Gewalt / Telegramme: Neubaden

NR. 60 2. JAHRG

DIENSTAG, DEN 3. AUGUST 1948

PREIS 20 PFENNIG

Viermächte-Besprechung in Sicht?

Westmächte bemühen sich um Klärung der politischen Lage — Stalin empfängt die West-Botschafter

Washington. Die Botschafter der drei Westmächte sind bei der sowjetischen Regierung wegen der Berliner Krise vorstellig geworden. Da das sowjetische Außenministerium am Freitag bekanntgab, Molotow sei auf Urlaub, konnten die diplomatischen Vertreter nur mit dem stellvertretenden sowjetischen Außenminister Zorin über die Lage in Berlin konferieren. Die Botschafter, die laut Reuter getrennt bei Zorin vorsprachen, sollen nicht über den Abschluß eines Abkommens über Berlin und über allgemeine Verhandlungen mit der Sowjetunion gesprochen haben. Vielmehr soll es sich infolge Molotows Abwesenheit nur um einen vorläufigen Schritt gehandelt haben, um den Sowjets die Bedeutung klarzumachen, die die Westmächte der Lage zumessen.

Am Samstag kehrte Molotow jedoch zurück. Außenminister Bevin erhielt am Sonntag einen Bericht des britischen Sonderbotschafters in Moskau, Roberts, über dessen Unterredung mit Molotow am Samstagabend. Wie Reuters diplomatischer Korrespondent erfährt, hat Roberts noch keine Vorbereitungen für seine Rückreise getroffen, und er dürfte auch nicht mehr neue Anweisungen bekommen, bevor nicht die Westmächte Stalins Reaktion auf ihren Vorschlag, die Berliner Krise zwischen den führenden Politikern direkt zu besprechen, kennen. Der nächste Schritt muß nach Ansicht Londoner Kreise von der Sowjetunion unternommen werden.

Stalin wird, wie Reuter meldet, voraussichtlich die Botschafter Großbritanniens, Frankreichs und der USA in allernächster Kürze zu einer gemeinsamen Unterredung empfangen. Der sowjetische Militärgouverneur Marschall Sokolowski soll sich gegenwärtig in Moskau aufhalten und dürfte zusammen mit Außenminister Molotow allen Besprechungen zwischen Marschall Stalin und den Vertretern der Westmächte beiwohnen.

Über die Form der Westmächte-Demarche wurde bisher in der sowjetischen Hauptstadt nichts laut, da die Botschafter der drei Mächte

seit ihrer Rückkehr von London noch keine Erklärung darüber abgegeben haben. Gut unterrichtete Beobachter glauben, daß die Westmächte-Vertreter Viermächte-Besprechungen vorschlagen werden, die entweder von den Außenministern oder sogar zwischen Stalin, Truman, André Marie und Attlee geführt werden könnten.

Die Botschafter der drei Westmächte, meldet Reuter weiter aus Moskau, erschöpfen ohne Zweifel jede Möglichkeit, welche aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer Regelung der besonderen Schwierigkeiten in Deutschland führen könnte. Dieses Vorgehen stimmt mit der Unterhaus-Erklärung Außenminister Bevin in der vergangenen Woche überein, daß das Ziel der gegenwärtigen diplomatischen Maßnahmen die Klärung der Lage ist, um festzustellen, ob irgendwelche Aussichten auf Beseitigung der Hindernisse bestehen, die zukünftigen Besprechungen hinsichtlich einer zu Frieden und Sicherheit

in Europa führenden Regelung entgegenstehen.

Maßnahmen der Westmächte gegen Ostmarkkontensperre durch Sowjets

Berlin. Die Militärregierungen in den drei westlichen Sektoren Berlins kündigten am Sonntag in einer Erklärung Maßnahmen an, wodurch die Firmen der Westsektoren vor den nachteiligen Folgen willkürlicher Ostmarkkontensperren im Ostsektor geschützt werden sollen. Unternehmen in den Westsektoren wurden demzufolge von den Sowjets die Ostmarkkonten im Ostsektor gesperrt.

Der Sektorenassistent für die deutsche Polizei im sowjetischen Sektor, Kurt Seidel, erließ einen Befehl, wonach alle Personen, die im Auftrag des im amerikanischen Sektor gebildeten Polizeipräsidiums Amtshandlungen auszuüben versuchen, vorläufig festzunehmen sind.

Der Landesausschuß der DP tagte

Stellungnahme zu der Vereinigung mit Württemberg und zum westdeutschen Staat

Freiburg. In einer gut besuchten Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes des Landesausschusses und der Landtagsfraktion wurde das Problem der Vereinigung mit Württemberg und der eventuellen Mitaufnahme der Pfalz sowie die Stellungnahme der Demokratischen Partei zum westdeutschen Staat eingehend erörtert.

Zusammenschluß Baden-Württemberg eine Notwendigkeit

Landesvorsitzender Dr. Waeldin griff in seinem grundlegenden Referat alle mit der Berichtigung der südwestdeutschen Ländergrenzen zusammenhängenden Fragen, Wünsche und Bedingungen auf. Ausgehend von der historischen Tatsache, daß jeder Krieg territoriale Veränderungen mit sich bringe, wies Dr. Waeldin darauf hin, daß bereits nach 1918 Bestrebungen im Gange waren mit dem Ziel des Zusammenschlusses Baden-Württemberg, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Die drei Jahre seit der gewaltsamen Teilung Badens haben gezeigt, daß das kleine Land Südbaden nicht existenzfähig ist. Seit Aufnahme der politischen Tätigkeit habe die Demokratische Partei die Vereinigung mit Nordbaden gefordert. Gemäß den Londoner Empfehlungen sei die Bereinigung der Ländergrenzen als eine innerdeutsche Angelegenheit erklärt worden, so daß anscheinend die Ländergrenzen von den Deutschen nach eigenem Gutdünken gebildet werden können. Eine Vereinigung von Nord- und Südbaden, bevor der Zusammenschluß mit Württemberg erfolge, sei nicht mehr möglich, da Nordbaden und Nordwürttemberg sich bereits eng verbunden fühlten und nicht mehr getrennt zu werden wünschten. Die Zeit dränge, und es müsse gehandelt werden.

Auf Grund der ablehnenden Haltung unseres Staatspräsidenten und der hinschleppenden Politik der CDU bestehe die Gefahr, daß wir wertvolle Zeit verlieren und in eine Isolierung hineingeraten. Heute seien wir noch gesuchte Verhandlungspartner, in einem halben Jahr vielleicht nicht mehr. Eine Einmischung von außerhalb, beispielsweise durch den Ausschuß zur Berichtigung der Ländergrenzen in Frankfurt, müsse abgelehnt werden.

Allein die betroffenen Länder sollen entscheiden. Südbaden müsse sich indessen beim Zusammenschluß bestimmte Zusicherungen geben lassen. Vor allem wünsche die Demokratische Partei keine übermäßige Zentralisation, sondern daß die Verwaltungsangelegenheiten weitgehend in der gewohnten Weise von den Landesteilen geregelt werden. Auch in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht (Simultanschule!) müßten wir uns Sicherungen geben lassen. Bezüglich der Pfalz seien gewisse Kreise bestrebt, die alte Kurpfalz wiederherzustellen, und Bayern erhebe gleichfalls aus historischen Gründen Anspruch auf das Land. Der Standpunkt der Demokratischen Partei sei, daß die Pfalz selbst über ihr Schicksal zu entscheiden habe. Wünschenswert sei der Zusammenschluß der Pfalz mit Baden-Württemberg; hierdurch würde ein Land gebildet, das sich in wirtschaftlicher Hinsicht sehr gut ergänzen und das politisch eine vermittelnde Stellung zwischen dem Partikularismus Bayerns und dem Zentralismus Nordrhein-Westfalens einnehmen könnte.

Die Aussprache über das Problem der Berichtigung der Ländergrenzen ergab die Zustimmung der Ausschuß- und Fraktionsmitglieder zu den vom Landesvorsitzenden aufgestellten Grundsätzen und führte zur einstimmigen Annahme folgender Entschließung:

Der Landes-Ausschuß ermächtigt den Parteivorstand, die Bestrebungen über die Bildung eines Staates Baden-Württemberg unter Einbeziehung der Pfalz fortzuführen. Er stimmt diesem Zusammenschluß zu, falls über eine Reihe von Fragen staatsrechtlicher, kultureller und wirtschaftlicher Art ein Einverständnis erzielt wird und diese Vereinbarungen als Bestandteil der zukünftigen Verfassung staatsrechtlich gewährleistet werden. Die endgültige Entscheidung über einen Zusammenschluß der Länder muß einer Volksabstimmung vorbehalten werden.

Die Demokratische Partei zu den Londoner Beschlüssen

Generalsekretär Wolf nahm sodann zu den Koblenzer Beschlüssen der Ministerpräsidenten Stellung und bekannte sich zu einem festen westdeutschen Staatsgebilde, das die Voraussetzung dafür sei, daß wir überhaupt wieder ein Staat werden können. Man habe Bedenken gegen einen westdeutschen Staat im Hinblick auf die Ostzone. Das Schicksal der Ostzone liege aber nur bedingt in unserer Hand. Es gelte die Tatsache zu erkennen, daß die Ostzone historisch gesehen für eine geschichtlich begrenzte Periode verloren sei. Um so notwendiger sei die Bildung eines westdeutschen Staates, um den in der Ostzone lebenden Menschen die Gewähr und die Sicherheit dafür zu geben, daß ein deutsches Staatsgebilde über ihr Schicksal wache. Der gewählte Berliner Oberbürgermeister, Prof. Dr. Reuter, habe im Rahmen der Besprechungen der Ministerpräsidenten diesem Gedanken mit den Worten Ausdruck verliehen, daß ein staatlich stark gefestigter Westen der Rückhalt für den Osten sei. Hinzu komme, daß wir durch einen Weststaat für den vordringlich zu schaffenden Frieden als international anerkannter Verhandlungspartner ausgestattet werden.

Zur Frage, ob staatliches Grundgesetz oder Verfassung, erklärte der Redner, daß in

(Fortsetzung auf Seite 2)

Der erste Schritt

G. A. Jene Politiker im Osten, die, besonders nach den deutschen Gegenvorschlägen in Koblenz, glaubten und sehnelichst hofften, daß durch eine deutsche Opposition oder Ablehnung der Londoner Beschlüsse die (vor allem auf Berlin bezogene) Position der Westmächte geschwächt würde, jene Kräfte, die den derzeitigen Zustand mit all seinen unerfreulichen Begleiterscheinungen in den westlichen Zonen Deutschlands aus durchschnittlichen Gründen gern noch etwas hinauszögern gesehen hätten, können nun, nachdem in Frankfurt praktisch die Durchführung der Londoner Vereinbarungen beschlossen wurde, wieder einmal nicht oft und laut genug den Westen als den „Spalter“ bezeichnen. Man braucht ein Alibi. Wenn es auch heißt, daß viele Tropfen den Stein höhlen, wer der „Spalter“ in Wirklichkeit ist, das ist oft genug schon bewiesen worden.

Wir können nicht in allen Teilen die jetzigen Abmachungen gutheißen. An dieser Stelle brachten wir bei früherer Gelegenheit bereits unsere Bedenken hinsichtlich einiger Punkte der Londoner Beschlüsse zum Ausdruck, besonders im Hinblick auf die Frage des Besatzungsstatus. Sollte es zutreffen, daß man in Frankfurt übereinkam, gleichzeitig mit der vorläufigen Verfassung auch erst das Besatzungsstatut zu verkünden — eine amtliche Erklärung steht unseres Wissens noch aus —, so muß mit allem Nachdruck noch einmal darauf verwiesen werden, daß eine vorherige Bekanntgabe unerlässlich, ja Voraussetzung ist. Auch kann ein Abgeordneter auf 750 000 Einwohner, selbst bei der Entsendung eines weiteren Abgeordneten auf je 200 000 Einwohner, niemals die gegenwärtige politische Schichtung eines Landes im parlamentarischen Rat widerspiegeln.

Mit der Organisation der drei westlichen Zonen auf der Basis der Londoner Beschlüsse soll also sofort begonnen werden. Keiner, mit Ausnahme der paar Kommunisten und politischen Eigenbrötler, wird dem Interregnum, das nunmehr verlassen werden soll, eine Träne nachweinen. Das Ausland steht der Frankfurter Entscheidung zum Teil skeptisch, abwartend oder gar mißbilligend gegenüber. In der Situation, in der sich die internationale Politik augenblicklich befindet und in Anbetracht der zur Zeit stattfindenden Fühlungsprobe des Westens mit dem Krenl, so wird argumentiert, müsse die sich jetzt anbahnende Entwicklung die Verhandlungen erschweren. Nun, wir dürfen daran erinnern, daß die mit bewundernswerter Geduld immer wieder dargereichte Hand und Angebote des Westens, die strittigen Probleme zu klären, von der Sowjetunion stets ignoriert und zum eigenen Vorteil ausgenutzt wurden. Es fällt uns auch nach den bisherigen Erfahrungen schwer, zu glauben, daß die Unterredungen der Botschafter der Westmächte mit Molotow in Moskau, die parallel zur Dreier-Demarche erfolgten, um die Berliner Krise und die gesamtdeutsche Frage erneut zu erörtern, fruchtbar sein könnten. Wir glauben vielmehr, selbst wenn sich die Sowjetunion aus wohlberatenen Gründen zu einem Gespräch bereit erklären sollte, daß der Mißerfolg von vornherein schon bei ihnen eine beschlossene Sache ist. Die Donau-Konferenz, auf die wir in den nächsten Tagen eingehen, wird ein weiterer Beweis sein.

Die bisherige nachsichtige und abwartende Politik dem Krenl gegenüber sollte endlich durch eine feste und zielstrebige Haltung ersetzt und damit den stagnierenden Zuständen ein Ende bereitet werden, soll Europa wirklich positive Aufbauarbeit leisten. Die Zusammenfassung des deutschen Westens stellt einen Schritt auf diesem Wege dar. Im übrigen, es sollte nicht erst betont werden müssen, wurde in Frankfurt mit Absicht der vorläufige und provisorische Charakter der jetzigen Maßnahmen herausgestellt, nicht von einer Verfassung gesprochen, sondern die Formulierung Grundgesetz oder vorläufige Verfassung gewählt, mit keiner Silbe die Bezeichnung Weststaat gebraucht und die Aufnahme des freihheitlichen Berlins in den parlamentarischen Rat vorgesehen. Das, was jetzt entsteht, ist der erste Schritt zu einer eigenen deutschen Souveränitätsbildung und künftigen deutschen Gesamtstaatlichkeit! Eine europäische Gesundung setzt die Gesundung und Einschaltung Deutschlands in den Wiederaufbauprozess voraus. Da dem Osten es durch die obstruktive Politik seiner Besatzungsmacht unmöglich gemacht ist, mit dem Westen gemeinsam den Weg der Gesundung zu beschreiten, ergibt sich für uns die heilige Verpflichtung, vorerst ohne den Osten das Fundament zum Bau des gemeinsamen Heimes zu legen und mit dem Neubau zu beginnen.

Opfer der Ludwigshafener Katastrophe beigesetzt

Bisher 180 Todesopfer

Ludwigshafen. Die Beisetzungsfestlichkeiten der Opfer der Ludwigshafener Explosionsunglücks fanden am Montag um 9 Uhr statt. General Koenig, das gesamte Kabinett Rheinland-Pfalz, Staatspräsident Wohleb aus Südbaden und zahlreiche andere hohe alliierte und deutsche Persönlichkeiten wohnten den Feierlichkeiten bei.

Entgegen den ersten Meldungen, die am Abend des Unglücks bekanntgegeben wurden, ist die Zahl der Opfer wesentlich geringer geblieben, als ursprünglich zu befürchten war. Die Zahl der Todesopfer betrug einschließlich der inzwischen im Krankenhaus verstorbenen Schwerverletzten Sonntag nacht 180. Hiervon konnten 17 Personen bisher noch nicht identifiziert werden.

Zahlreiche Spenden wurden für die von der Explosion betroffenen Familien zur Verfügung gestellt. Von General Koenig gingen 50 000, den Ministerpräsidenten der Bizone eine halbe Million, den Ländern der französischen Zone 200 000 DM ein. Die badische Landesregierung hat ferner 10 Tonnen Obst zur Verfügung gestellt.

Bringt Belgrad neue Donau-Konvention?

Westlichen Alliierten soll das Schiffsfahrtsrecht entzogen werden

Belgrad. Die hier tagende internationale Donau-Schiffsfahrtskonferenz wird nach Ansicht von Westmächtebeobachtern eine neue Donau-Konvention aufstellen, die den westlichen Alliierten die meisten ihrer bisherigen Schiffsfahrtsrechte entzieht. Die Westmächte, glaubt man, werden weiterhin auf ihren in der Donau-Konvention von 1921 erworbenen Rechten bestehen, was kaum praktische Auswirkungen auf die neue Donauschiffsfahrtsregelung haben dürfte.

Der sowjetische Delegierte Wjatschinski warnte auf der Samstagssitzung die Vertreter der Westmächte, daß die Tür für sie zum Verlassen geöffnet würde, wenn sie darauf beständen, Bedingungen zu stellen. Die Erklärung Wjatschinskis folgte den Ausführungen des französischen und des britischen Delegierten, die darauf hinwiesen, daß sie auf Beibehaltung der in der Donau-Konvention

von 1921 Frankreich und Großbritannien zugesprochenen Rechte bestehen werden, selbst wenn die Ergebnisse der Konferenz gegen diese sprechen würden. Der französische Delegierte, Adrian Thierry, sagte, Frankreich beabsichtige, seine Rechte zu sichern und jede Abänderung der bestehenden Donau-Konvention zu hindern, außer wenn die französische Regierung einer Aenderung zustimme.

Orsini Rosenberg, der der Konferenz als österreichischer Beobachter beiwohnt, forderte für sein Land volles Stimmrecht und protestierte gegen eine unberechtigte Begrenzung der Donau-Konvention durch Außerachtlassung Oesterreichs. Bei der Abstimmung wurde die Forderung Oesterreichs mit 7 gegen 2 Stimmen (der USA und Großbritanniens) abgelehnt; Frankreich enthielt sich der Stimme.

Der Landesauschuss der DP tagte

(Fortsetzung von Seite 1)

Jedem Falle zuerst das Besatzungsstatut als Grundlage für die Verfassung oder das Grundgesetz verknüpft werden müsse. Ebenso notwendig sei aber auch die Einstellung der Demontagen, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und Europas nicht zu gefährden und den Marshall-Plan in vollem Umfang zur Wirkung zu bringen. Das Grundgesetz des zukünftigen deutschen Staatsgefüges müsse unter Mitwirkung der deutschen Vertreter der Ostzone geschaffen werden.

Der Redner beschäftigte sich sodann mit der Wahl des parlamentarischen Beirats und stellte fest, daß die Frage noch offen sei, ob die Mitglieder des parlamentarischen Beirats bereits gewählte Abgeordnete oder auch Persönlichkeiten außerhalb der Parlamente sein könnten.

Abschließend erklärte Generalsekretär Wolf, nachdem er noch weitere technische Einzelheiten gestreift hatte, daß wir uns zum westdeutschen Staat als Treuhänder für einen gesamtdeutschen Staat bekennen müssen.

Die Aussprache, die sich dem Referat anschloß, entwickelte sich zu einer lebhaften Meinungsäußerung über die Frage, ob ein westdeutscher Staat dem gesamtdeutschen Interesse im Wege stehe. Nach einem Schlußwort von Generalsekretär Wolf wurde die nachstehende Entschließung mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der Landes-Ausschuß erachtet die Bildung eines westdeutschen Staates im Sinne der Londoner Empfehlungen und der Beschlüsse der Ministerpräsidenten in Koblenz und Frankfurt a. M. als notwendige Voraussetzung für die Übernahme der von uns schon lange erstrebten und von den Militärregierungen zugestandenen Selbstverantwortung einer deutschen Regierung.

Diese Regierung wird erst dann zu einer Vertretung der gesamten deutschen Interessen werden, wenn der weder durch das Verschulden des deutschen Volkes noch der Westmächte gewaltsam abgetrennte Osten in den Verband des neuen deutschen Bundesstaates zurückgeführt ist. Bis zu diesem Zeitpunkt ist der westdeutsche Staat der Treuhänder für die abgetrennte Ostzone. Um diesem neuen deutschen Staat die Grundlage für eine auch von den Besatzungsmächten anerkannte freiheitliche demokratische Verfassung zu geben, liegt es im Interesse der gegenseitigen Verständigung zwischen Besatzungsmächten und Bevölkerung, daß ein Besatzungsstatut erlassen wird, das dem deutschen Volk die Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts ermöglicht.

Der demokratische Staatsgedanke würde eine erneute schwere Einbuße erleiden, wenn in der vorläufigen Verfassung Freiheitsrechte garantiert würden, die durch Verwaltungsmaßnahmen der Besatzungsmächte praktisch wertlos würden.

Die Demokratische Partei bekennt sich zum westdeutschen Staat als Grundlage eines alle Landesteile umschließenden Deutschlands im Rahmen der europäischen Völkergemeinschaft.

Bürgermeister Holzschneider (Jestetten) sprach über die Sorgen und Nöte des Zollausschlußgebietes und bat die Parteileitung um ihre Unterstützung bei den kommenden Verhandlungen über die Bereinigung der Ländergrenzen, die unter allseitiger Zustimmung zugesagt wurde.

Im Dickicht der Entnazifizierung

Das Mitglied beim Staatskommissar für politische Säuberung, Kreisrat Haberer, berichtete sodann über den gegenwärtigen Stand der Entnazifizierung. Er übte schärfste Kritik an den bisher angewandten Methoden und gab seinen starken Bedenken gegen die weitere Mitwirkung der Demokratischen Partei in der Entnazifizierung Ausdruck. Lange und leidenschaftlich wurde über diese Frage der weiteren Mitarbeit debattiert. Es ist ein bezeichnendes Merkmal aller Diskussionen über das Problem der Entnazifizierung, daß sie sich endlos in die Länge ziehen, weil sich im Dickicht der Verordnungen und Bestimmungen kein Mensch mehr auskennt. Im Verlauf der Debatte kristallisierte sich eine überwältigende Mehrheit für die Meinung heraus, daß die Demokratische Partei sich nicht als einzige von der Mitarbeit aus-

schließen dürfe, und es wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Landes-Ausschuß der Demokratischen Partei spricht dem politischen Beirat Haberer beim Staatskommissar für politische Säuberung für seine Tätigkeit seinen herzlichsten Dank, seine uneingeschränkte Anerkennung und sein volles Vertrauen aus und bittet ihn, obwohl das Vertrauen zu einem gerechten Abschluß im Laufe der Zeit mehr und mehr geschwunden ist und die Zusammenarbeit zwischen dem Staatskommissar und dem politischen Beirat zu starker Kritik Anlaß gibt, im Interesse einer gerechten Durchführung der Denazifizierung sein Amt als Beirat solange beizubehalten, bis durch Rücksprache mit den anderen politischen Parteien die Frage geklärt ist, ob die gegenwärtige Durchführung der Entnazifizierung eine Belastung des politischen Beirats noch als tragbar erscheinen läßt.

Zum Schluß der mehrstündigen Beratungen, die im Einklang mit der Wichtigkeit der aufgeworfenen Probleme mit lebhafter Anteilnahme geführt wurden, dankte Landesvorsitzender Dr. Waeldin den Teilnehmern für ihre rege Mitarbeit und für das Vertrauen, das der Parteileitung so offenkundig entgegengebracht wurde.

Wird Karlsruhe

Sitz des parlamentarischen Rats?

Wiesbaden. Die Stadt Karlsruhe hat zur Zeit die meisten Aussichten, als Sitz des parlamentarischen Rates gewählt zu werden, da sie, wie sie in ihrer Bewerbung nach Auskunft der hessischen Staatskanzlei mitteilt, über genügend Raum zur Unterbringung der Angehörigen des Rates und zur Abhaltung der Tagungen verfügt. Bisher haben sich neben Karlsruhe die Städte Bamberg und Göttingen beworben. Neuerdings ist auch Frankfurt als Bewerber aufgetreten. Ferner werden Koblenz, Bonn, Köln, Düsseldorf und Celle als in Frage kommende Tagungsorte angeführt.

Lindau will bayerisch bleiben

Lindau. Im Zusammenhang mit den zu erwartenden politischen Veränderungen im südwestdeutschen Raum erklärte der Kreispräsident von Lindau, Anton Zwiesler, daß Lindau auch bei der Bildung eines Staates Schwaben bayerisch zu wünschen bleibe und keinesfalls den Wunsch hege, sich Baden-Württemberg anzuschließen.

DP Rheinland-Pfalz

ruft Verfassungsgericht an

Koblenz. Die Fraktion der Demokratischen Partei Rheinland-Pfalz wendet sich an den Verfassungsgerichtshof zwecks Überprüfung einer internen Verwaltungsanordnung des Landeskommissars für politische Säuberung, nach der Spruchkammerentscheidungen der britischen und der amerikanischen Zone in Rheinland-Pfalz nicht oder nur unter be-

Erweiterte Erscheinungsweise

„DAS NEUE BADEN“ wird ab heute am Dienstag, Donnerstag und Samstag erscheinen. Der monatliche Bezugspreis ist bei der Zustellung durch Träger DM 1.80, bei Postbestellung mit Zustellgeld DM 1.96.

stimmten Voraussetzungen anerkannt werden. Die Anordnung steht im Gegensatz zu einer Landesverordnung, in der es heißt, daß Entscheidungen anderer Länder der französischen Zone oder anderer Besatzungszonen auch in Rheinland-Pfalz anerkannt werden. Da Beitragserstattungen der Angestelltenversicherungen auf Anordnung des Arbeitsministers bis zum 31. 12. 1948 zurückgestellt wurden, eine derartige Verzögerung aber nur auf Grund eines Gesetzes herbeigeführt werden darf, wendet sich die Fraktion der Demokratischen Partei ebenfalls zwecks Entscheidung an den Verfassungsgerichtshof.

Doppelte Nummern bei Banknoten in der Sowjetzone!

Berlin. Ein Leser des amerikanischen bilinguier „Tagesspiegel“ hat der Redaktion der Zeitung zwei 50-Mark-Scheine der neuen „Deutschen Mark“ der Deutschen Notenbank vorgelegt, die jetzt in Berlin und in der Sowjetzone in Umlauf gesetzt sind. Die Scheine tragen dieselbe Nummer, obgleich sie zwei völlig verschiedenen Bündeln entnommen sind. Es erscheint daher ausgeschlossen, daß die Druckmaschine versagt hat. Der „Tagesspiegel“ berichtet, daß auch an anderen Stellen Banknoten geringeren Wertes aufgetaucht sind, deren Nummern doppelt verwandt wurden.

Neue Hochzeit im englischen Königshaus?

London. Während die Geburt eines Thronfolgers für den Herbst erwartet wird, weswegen Prinzessin Elisabeth an öffentlichen Empfängen bereits nicht mehr teilnimmt, soll jetzt auch die Hochzeit der jüngsten Tochter des englischen Königspaares bevorstehen. Es heißt, daß sich Prinzessin Margarethe Rose demnächst mit dem Marquis von Blandford, dem künftigen Herzog von Marlborough, verloben wird.

„Zwei Nächte ohne Tag“

Ein Ungar schildert die Leiden der ungarischen Frauen

Im Thomas-Verlag, Zürich, ist ein Buch erschienen, das als eine der aufsehenerregendsten Neuerscheinungen bezeichnet werden kann. Das Buch trägt den Titel „Zwei Nächte ohne Tag“ und schildert in der Form des Tatsachenberichtes die Leiden des ungarischen Volkes unter der kommunistischen Herrschaft. Verfasser des Buches ist der ungarische Politiker Desiderius Sulyok, der der Partei der Kleinen Landwirte angehört und wegen seiner antikommunistischen Einstellung in die Emigration gehen mußte. Mit seinem Buch will Sulyok das Gewissen der demokratischen Welt auf die Vorgänge in seiner Heimat lenken. Ein besonderes Kapitel des Buches ist dem Leidensweg der ungarischen Frau gewidmet, wobei Sulyok zu dem Schluß kommt, daß die Russen nicht nur alle beweglichen Güter und die Muskelkraft der Männer, sondern auch die Frauen als Kriegsbeute betrachten. In dem aufwühlenden Kapitel schreibt der ungarische Emigrant unter anderem:

„In der kleinen Stadt Pápa war die Lage der Frauen besonders ungünstig. Wer sich nicht sofort in ein Ordenshaus oder in die verborgene Krypta der katholischen Kirche in Sicherheit bringen konnte, kam in seinem privaten Versteck früher oder später an die Reihe.“

1000 Frauen der 12 000 Einwohner zählenden Stadt meldeten sich im Spital der Barmherzigen Brüder zur ärztlichen Behandlung. 800 von ihnen waren infiziert, darunter nicht wenige schwer. Da die Russen auch die Apotheken ausgeplündert hatten, waren die Aerzte in einer ganz entsetzlichen Lage.

Zeitgeschehen - kurz berichtet

Trizonenausschüsse treten zusammen. Nach Mitteilungen des Büros der Ministerpräsidenten in Wiesbaden setzt der Ausschuss zur Beratung der Neuordnung der Ländergrenzen am 3. und 4. August im Jagdschloß Niederwald bei Rüdesheim unter dem Vorsitz des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Hermann Lüdemann seine Beratungen fort. Der Verfassungsausschuß wird voraussichtlich, wie bereits gemeldet, am 10. August in Bayern unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Arnold zusammentreten.

Nordrhein-Westfalen entsendet 16 Vertreter in parlamentarischen Rat. Nordrhein-Westfalen wird nach Mitteilung der Landesregierung voraussichtlich 16 Vertreter in den parlamentarischen Rat entsenden. Nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen in Nordrhein-Westfalen müßten dann von der CDU 7, von der SPD 5, von der KPD 2 und vom Zentrum und der FDP je 1 Vertreter in den parlamentarischen Rat entsandt werden.

Neue Partei für München genehmigt. Unter dem Namen „Deutsche Notgemeinschaft“ wurde von der US-Militärregierung eine neue politische Partei für den Stadt- und Landkreis München lizenziert. Die Partei sieht ihre Hauptaufgabe in der Wahrung der Interessen der Flüchtlinge, Evakuierten und Bombengeschädigten.

Amerikanische Militärregierung gibt Wohnräume frei. Die Gesamtzahl der von der amerikanischen Besatzungsarmee in Württemberg-Baden beschlagnahmten Wohnräume wurde von 35 074 im Juni 1947 auf 24 322 im Juni 1948 verringert, obwohl die Stärke der Besatzungsgruppen ungefähr die gleiche geblieben ist. Die von den amerikanischen Truppen besetzten Wohnräume umfassen ungefähr 3 Prozent des gesamten Wohnraumes in Württemberg-Baden.

Verdoppelung der Tabakration in der Bizone. Die Tabakration in der Bizone wurde mit Wirkung vom 1. August verdoppelt. Männliche Verbraucher erhalten künftig monatlich 80, weibliche 40 Zigaretten.

„DAS NEUE BADEN“

Verantwortlicher Redakteur: Günter Admann
Anschr. der Redakt.: Lahr/Schw., Postf. 270, Tel. 2385
Verlag: Demokratische Verlagsges. mbH. Lahr/Schw.
Druck: Moritz Schauenburg, Lahr/Schw. - K. & H. Greiser, Rastatt (Baden). - Südwestdruck K.-G. Lörrach. - A. Reiff & Cie. Offenburg (Baden).

Ab 15. August Textil-Punktkarten

Weitere Auflockerung der Warenbewirtschaftung in Südbaden

Freiburg. Die Einführung einer Textil-Punktkarte für Südbaden erfolgt zum 15. August für alle Personen ohne Unterschied des Alters oder Geschlechts. Jede über 1 Jahr alte Person erhält eine allgemeine Textil-Punktkarte mit 100 Punktabschnitten und einigen Sonderabschnitten. Die Karte berechtigt zum Bezug von Leib-, Haus-, Tisch- und Bettwäsche. Näh- und Stopfmitteln sowie Zutaten für Oberbekleidung, ferner zum Bezug von Oberbekleidung und Meterware zu deren Herstellung. Auf Sonderabschnitt plus Punkte können u. a. Damenstrümpfe und Herrensocken bezogen werden, während Näh- und Stopfmittel lediglich gegen Sonderabschnitte geliefert werden.

Eine Zusatz-Textil-Punktkarte erhalten auf Antrag heimkehrende Kriegsgefangene, Total- und Schwerfliegergeschädigte, Flüchtlinge, anerkannte Opfer des Faschismus, werdende Mütter, Verheiratete mit selbständigem Haushalt und in einem besonderen Notstand befindliche Personen, z. B. Brandgeschädigte. Diese Zusatzkarte hat 50 Punkte, für Heimkehrer 100. Eine Säuglings-Textil-Punktkarte wird auf Antrag ausgegeben für Säuglinge bis zum vollendeten ersten Lebensjahr und werdende Mütter vom Beginn des 6. Schwangerschaftsmonats ab. Diese Karte hat 60 Punkte und einige Sonderabschnitte. Die Karten gelten in ganz Baden. Die Punkte und Sonderabschnitte werden von Zeit zu Zeit durch das Wirtschaftsministerium freigegeben.

Mit Rücksicht auf den allgemeinen Bedarf an Oberbekleidung und an Meterware dafür und im Hinblick auf die Tatsache, daß diese Waren knapp sind, können sie für die Dauer

der nächsten drei Monate nur auf Grund von Bezugsscheinen bezogen werden, wobei ein Drittel des Warenpunktwertes durch die Punkte der Textil-Punktkarte gedeckt werden muß. Die bisher ausgegebenen Punktkarten bleiben zunächst gültig. Eine Reihe von Waren, z. B. Schirme, Büstenhalter, Kragen, Krawatten, Handschuhe, Leibchen ist punktfrei.

Freiburg. Der Verkauf der meisten bisher bewirtschafteten Waren wird nach einer Mitteilung des badischen Ministeriums der Wirtschaft und Arbeit mit sofortiger Wirkung freigegeben. In der Bewirtschaftung bleiben nur noch wenige Waren und Warengruppen, die im Vergleich zum Bedarf nur in völlig ungenügender Menge verfügbar sind.

Der Bewirtschaftung sind künftig nur noch unterworfen: Die Baugrundstoffe Backsteine, Dachziegel, Zement, Baugips, zur gewerblichen Verarbeitung bestimmtes Holz (nicht aber aus Holz hergestellte Gegenstände), Leder, Lederartikel für industrielle Zwecke, Lederschuhe, auch solche mit Gummi- oder P-Sohle, Rohstoffe der Eisen- und metallverarbeitenden Industrie einschließlich Schrott, Roh- und Halbfabrikate aus Metall, landwirtschaftliche Großmaschinen, Akkumulatoren, Kugel-, Rollen- und Nadellager, bestimmte chemische Grundstoffe und Produkte einschließlich Seife mit 3 oder mehr Prozent Fettsäure, Grundstoffe zur Herstellung von Papier und Pappe, Brenn- und Treibstoffe, Gummibereifung für Kraftfahrzeuge und Anhänger.

Für einen Teil der zur freien Abgabe an den Verbraucher bestimmten Waren muß teilweise Bewirtschaftung in der Herstellerstufe vorbehalten bleiben. Für einen Teil der Fahrradreifen muß mit Rücksicht auf die bestehende ausgesprochene Mangellage zur Versorgung der berufstätigen Bevölkerung eine Bewirtschaftung vorerst noch aufrechterhalten werden. Auch Glühbirnen sind zur Zeit in nur so beschränktem Umfang verfügbar, daß ein freier Verkauf vorerst noch nicht möglich ist. Die Militärregierung hat neuerdings laut Amtsblatt noch weitere Waren freigegeben, deren Freigabe durch die deutschen Stellen demnächst erfolgen wird.

Brennholz freigegeben

Baden-Baden. Das badische Ministerium der Wirtschaft und Arbeit in Freiburg bestätigt, daß die Bewirtschaftung von Brennholz in Südbaden aufgehoben ist.

Essen ohne Kartoffelmarken. Die Markenabgabe für Kartoffeln bei der Verabreichung von Essen in Gaststätten, Hotels, Werkküchen und ähnlichen Einrichtungen in der Bizone wurde nach einer Mitteilung der Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Engelhardt minderbelastet. Von einer Karlsruher Spruchkammer wurde der ehemalige SA-Oberführer, Kreisleiter und Landrat in Konstanz und später Polizeipräsident von Karlsruhe und Straßburg, Engelhardt, in die Gruppe der Minderbelasteten eingereiht. Der Betroffene hat 500 DM Sühne zu zahlen. Zwanzig Prozent seines Vermögens werden eingezogen, und es wurde ihm eine Bewährungsfrist von 2 Jahren auferlegt.

Evangelische Kirchen-Grundordnung angenommen. Als erste der in der evangelischen Kirche in Deutschland zusammengeschlossenen Gliedkirchen hat die württembergische Landeskirche auf einer Tagung ihres Landeskirchentages in Stuttgart die von der Eisenacher Kirchenversammlung Mitte Juli beschlossene Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland einstimmig angenommen.

Evangelischer Bruderrat stellt Tätigkeit ein. Der Bruderrat der evangelischen Kirche Deutschlands hat der Grundordnung der EKD, wie sie von der Deutschen Kirchenversammlung in Eisenach angenommen wurde, zugestimmt. Danach betrachtet der Bruderrat seine kirchenleitende Funktion als erloschen.

LDP-Vorsitzender von der NKWD verhaftet. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesvorstandes der Ost-LDP, Hermann Becker, wurde während der thüringischen Landtagssitzung von der NKWD verhaftet, wie der „Tagesspiegel“ meldet. Becker war Fraktionsvorsitzender der Liberaldemokraten. In der Landeskonferenz der Ostzonen-LDP in Jena war Becker von sowjetischer Seite geraten worden, aus „gesundheitlichen Gründen“ zurückzutreten.

Wöchentlich 60 000 Pfund Sterling für Luftversorgung Berlins. In einer schriftlichen Antwort an das Unterhaus erklärt der Unterstaatssekretär im Foreign Office, Mayhew: „Die Versorgung Berlins durch die RAF kostet die britische Regierung gegenwärtig annähernd 60 000 Pfund Sterling pro Woche.“



18 Leben in der...

Die Abiturienten des Lahrer Gymnasiums vollendeten in den letzten Tagen ihrer Schulzeit einen organisierten Primanerstreik...

Stadtnotizen

Was ist aufgerufen? Kartoffeln auf die August-Lebensmittelliste für Normalverbraucher...

Das zweite Viertel der städtischen Abgaben für 1948 wird am 15. August zur Zahlung fällig...

Die Jugendherbergsausweise werden ab sofort von 8 bis 13 Uhr im 'Haus der Jugend'...

Bestandene Meisterprüfung. Fräulein Gertraud Kurz, wohnhaft in der Erntestraße 14...

Ihren 76. Geburtstag feiert am 10. August Frau Elise Weinmann, Friedensheim 70...

Blick in die Landgemeinden

Ottenheim. In französischer Kriegsgefangenschaft starb Oswald Schwarz im Alter von 21 Jahren...

Friedensheim. Die Meisterprüfung im Konditorhandwerk bestand Hans Tascher...

Oberweiler. Ihren 74. Geburtstag konnte am 2. August Frau Katharina Werner, geb. Ma Müller, feiern...

Karl Herzog begeht am 30. Juni seinen 81. Geburtstag.

Kippenheim. Am 17. Juli waren die Schüler der achten Klasse der Volksschule mit dem Klassenlehrer, Schulleiter Gallus...

Schmieheim. Die Schäden durch Wildschweine haben einen solchen Umfang angenommen, daß die Existenz vieler Landwirte gefährdet ist...

Generalversammlung des Inkervereins „Ried“

Meissenheim. Am 25. Juli fand hier die diesjährige Generalversammlung des Inkervereins „Ried“ statt...

Der Stand der Brennholzversorgung

Bericht über die öffentliche Stadtratssitzung

Zu Beginn der öffentlichen Stadtratssitzung, die am Freitag unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Dr. Waeldin abgehalten wurde...

Die Pflege unserer Friedhöfe

Oberbaurat Nägelschke erstattete sodann Bericht über die Sitzung des Friedhofsausschusses vom 16. Juli...

worden, um die Kirche herum einen Kirchhof anzulegen, der auf der Südseite durch eine lebende Hecke abgeschlossen werden solle...

Die Hälfte der Haushaltungen mit Brennholz versorgt

Ueber den Stand der Brennholzverteilung berichtete der Leiter der Brennholzstelle, Herr Wegmann...

Das aufbereitete Holz im Stadtwald werde an die ältesten Leute vergeben, die ohne Hilfe seien.

Der Oberbürgermeister erklärte, daß es schon des Preises wegen sehr wünschenswert wäre, wenn wir mehr Kohle erhielten...

Zur Verwaltung des „Lahrer Hauses“ teilte Oberbürgermeister Dr. Waeldin mit, daß der Buchverkauf nach der Währungsreform stark nachgelassen habe...

Die Schulentlassungen eiern in Lahr

Am vergangenen Wochenende fanden in den Lahrer Schulen die Abschlus- und Entlassungsfeiern statt.

128 Schüler der Volksschule treten ins Leben

In der mit Blumen festlich geschmückten Turnhalle der Friedrichschule fand Freitag die Schlußfeier der Volksschule Lahr statt...

Oberrealschule Lahr

Die Feier zum Abschluß des Schuljahres 1947-48, die die Oberrealschule Lahr am Samstag im liebevoll geschmückten Festsaal des Hauses veranstaltete...

Keplerpreis ausgezeichnet für gute Leistungen in den naturwissenschaftlich-mathematischen Fächern...

Die Preisträger sind:

- Hans Hermann Bechinger — Rosemarie Hajmets — Wolfgang Wever — Hans Martin Hasler — Klaus Hoppe — Traute Gollmer — Maria Notthelfer — Elfriede Dorner — Anita Pfisterer — Gerhard Dinger — Hildegard Neundörfer — Klaus Ackermann — Christel Neundörfer — Helmut Dörflinger — Hansjörg Köchlin — Lotte Gollmer — Christel Schauenburg — Kurt Binder — Ilse Danzeisen — Brigitte Köchlin — Eberhard Fredecke

Den Bericht über die Abschlusfeier des Gymnasiums und der Handelsschulen können wir infolge Raummangels erst in der nächsten Nummer veröffentlichen.

Sport im Heimatbezirk

FUSSBALL

1:0-Sieg der Lahrer gegen Offenburg

Wenn bei der hundstagsmäßigen Hitze nicht der erhoffte Massenbesuch zur Rückspielbegegnung der Sportfreunde Lahr gegen die Offenburger Sportvereinigung zu verzeichnen war...

HANDBALL

Handballturnier in Nonnenweiler

- Meissenheim — Nonnenweiler 6:3; Hussweiler — Meissenheim — 1:5; Ottenheim — Sulz 3:3; Nonnenweiler — Sulz 5:5; Hussweiler — Ottenheim 3:4; Hussweiler — Nonnenweiler 2:0; Meissenheim — Ottenheim 4; Meissenheim — Sulz 6:5; Ottenheim — Nonnenweiler 3:4; Sulz — Hussweiler 2:6; Hussweiler — Meissenheim.

Handballturnier in Sulz

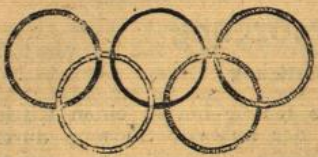
In allen Sportarten bemühen sich die Vereine, die aufstehende Sommerspielzeit durch Freundschaftstreffen und Turnierspiele anzufüllen...

UNSERE SPORTLICHE DISKUSSION

Neben der Berichterstattung ist es eine Hauptaufgabe der Sport-Pressen, Mängel sowohl von grünen Rassen als auch von grünen Tischen unter die Lupe zu nehmen...

Sehr geehrte Sportredaktion!

Ueber die offene Sprache in Ihrem Artikel „Ligen, nichts als Lügen“ habe ich mich und meine Arbeitskollegen sehr gefreut...



„Hallo, Deutschland!“

Hier melden sich die XIV Olympischen Sommerspiele in London

Acht Goldmedaillen in den ersten beiden Tagen - Dillard der schnellste Läufer der Welt

OLYMPISCHE LEISTUNGSTAFEL
Männer
Leichtathletik, 100-m-Lauf: Gold: Dillard (USA) 10,3 Sek.

rang. Selbst für die französischen Sportler bedeutete der Sieg von Fr. Ostermeyer eine Ueber-

es, unter 10,6 Sek. zu laufen und sich so eine Medaille zu sichern, und auch der weiße Amerikaner

Im Schwimmstadion standen in den ersten Nachmittagsstunden sechs Sterne am Start zum

Fußball
Um den Pokal der französischen Zone: SV. Tro-

Radfahren
Straßenmeisterschaften der französischen Zone

Am letzten Sonntag wurden bei idealem Renn-

Unsere kleine Olympiaschau

Innerhalb des Modernen Fünfkampfes gewann das Fechten Cpt. Grunt (Schweden) vor Lt. Cochio

Im Hochsprung erreichte der Amerikaner Mac Grew, der die Weltjahresbestleistung mit 2,00 m

Bastian, Haltingen, 3.147 Std.; 3. Sütterlin, Freiburg, 3.150 Std.

Jugendmeister 1948 wurde Willy Seiler, Rheinfelden in 1.14 Std.

Motorsport

Deutschlands Motorrad-Elite in Reutlingen

Rund 70 000 Zuschauer wurden beim Reutlinger Rundstrecken-Rennen durch mitreißende Kämpfe

Turf

Birkhahn gewinnt Deutsches Derby

„Birkhahn“ gewann das am Sonntag in Hamburg-Horn gelaufene Deutsche Derby in 2:32 Min.

Fünfstausend Zuschauer waren Zeugen der Leichtathletik-Wettbewerbe des ersten Tages.

Nach langem, schwerem Leiden verschied am 25. 7. 1948 meine liebe Schwester, unsere gute Tante und Schwägerin

Josefine Burgert

In aller Stille haben wir sie zu Grabe getragen. Wir danken herzlich für die tröstlichen Worte, die schönen

Pauline Gastiger, geb. Burgert und Anverwandte. (3128)

Statt Karten Für die liebevolle Anteilnahme anlässlich des Heimgangs unserer lieben Mutter und Großmutter

Maria Föhringer

sprechen wir unseren herzlichsten Dank für die Anteilnahme und die herzliche Teilnahme.

Paul Dahlinger und Frau Gretel, geb. Föhringer. (3118)

Für die uns beim Heimgang meiner lieben Frau und Mutter erwiesene Anteilnahme, für die vielen Kranz- und Blumen-spenden sowie für die Begleitung zur letzten Ruhe-

Pauline Gastiger, geb. Burgert und Anverwandte. (3129)

Nach Gottes unerforschlich. Entschluß ist mein innigstgeliebter Mann, mein treusorgender, herzensguter Vater

Joh. Georg Roll

Schmiedemeister im Alter von 50 Jahren, mitten aus einem arbeitsreichen Leben, am 23. Juli für immer von uns gegangen.

Für die in so reichem Maße erwiesene Teilnahme und die vielen Kranz- und Blumen-spenden danken wir herzlich.

Kürzell, im Juli 1948 In tiefer Trauer: Frau Anna Maria Roll Sohn Max Georg Roll (vermibt) und Verwandte. (3125)

Für die innige Anteilnahme und vielen Kranz- und Blumen-spenden beim Heimgang unserer geliebten, unvergesslichen Mutter

Mathilde Kohlhase

sagen wir allen unsern herzlichsten Dank. Besonders danken wir dem Herrn Stadtpfarrer Krastel für seine tröstlichen Worte sowie den Schulkameradinnen.

Geschwister Kohlhase.

STELLENANGEBOTE

Reisende für Markenartikel. Größeres Unternehmen d. Nahrungsmittelindustrie sucht Reisenden in festem Anstellungsverhältnis für das weitere Gebiet von

Karl Leser Baugeschäft, Lahr, Moltkestr. 9. (3078)

Tüchtige Vertreter, welche bei Drogerien, in dem Futtermittelhandel sowie bei dem Landhandel gut eingeführt sind, werden für den Verkauf eines eingeführten Markenartikels gesucht. Zuschriften unter Angabe

Tüchtiger Schreiner in Dauerstellung ges. Herbst, KG, Münchweiler, Telefon Ettenheim 308.

Mädchen in Geschäftshaushalt nach Dinglingen, evtl. halbtags, bei guter Bezahlung gesucht. Zuschriften unter Nr. 3143 K an „Das Neue Baden“, Lahr.

Jüngeres, kinderliebendes Mädchen zur Mithilfe im Haushalt und Betreuung meines 15 Monate alten Kindes auf sofort gesucht. Zuschriften unter Nr. 3134 H an „Das Neue Baden“, Lahr.

STELLENGESUCHE

Stenotypistin - Kontoristin sucht Halbtagsstelle. Zuschriften unter Nr. 3133 W an „Das Neue Baden“, Lahr.

Zum Flecken und Nähen wird in- und außerhalb des Hauses angenommen. Zuschriften unter Nr. 3136 A an „Das Neue Baden“, Lahr.

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Bad. Amtsgericht Lahr Handelsregister. Veränderung. Abt. A, Nr. 253: Lahoma, Lahrer Holzmanufaktur Horst Schuch in Lahr (Schwarzwald), Neuwerkhof 9. Herstellungs- und Vertrieb von Haushalts- und Bedarfsartikeln aus Holz, Beleuchtungskörpern und Kleinmöbeln.

Handelsregister. Veränderung. Abt. B, Nr. 52: Arthur Krone & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lahr (Schwarzwald), (Schützenstraße 32). Heinrich Meyer in Neuenburg ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. (3121) Den 29. Juli 1948

AN. UND VERKAUFE

300-Lkw., Ford V 8, in gut. Zustand (16 000 km) zu verkaufen. Angebote unter Nr. 3117 K an „Das Neue Baden“, Lahr.

Heiratsfässer in tadellosem Zustand zu verkaufen. A. Wahl, Lahr, Kirchstraße. (3080)

Stufenwagen m. Matratze, Gram-mophonplatten und Bettgestell zu verkaufen. Zuschriften unter Nr. 3132 D an „Das Neue Baden“, Lahr.

Motorradschlauch, 3,50x19 zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 4877 U an „Das Neue Baden“, Lahr.

Kassenschrank zu verkaufen oder gegen Radiogerät oder gut erhaltenes, komplettes Damen-fahrrad zu tauschen gesucht. Zuschr. unter Nr. 3144 M an „Das Neue Baden“, Lahr.

Gebotene Ständerlampe mit Tisch. Gebotene 55x55 cm in Nußbaum, poliert, neu. Gesucht: Herren-fahrrad, gebraucht, in gutem Zustand. Zuschriften unter Nr. 3142 M an „Das Neue Baden“, Lahr.

80 kg Kupfer und 80 kg Messing abzugeben. Gashedr., 3flammig m. Backrohr, und elektr. Kocher, 2 Platten, 3schaltig, beides neuwertig, zu verkaufen. Angebote unter Nr. 3131 S an „Das Neue Baden“, Lahr.

Einige Zentner Tafelobst (Grafen-steiner) sofort zu verkaufen in Wittensweiler, Hauptstr. 28. (3107)

Bettstelle mit Rost und Matratze 85.- DM, zu verkaufen, sowie Kommode. Zuschriften unter Nr. 3145 A an „Das Neue Baden“, Lahr.

Schweine, jede Menge, zu kaufen gesucht. Badische Essigwerke AG., vorm. Fr. Frank, Lahr, Pfaffenberg 8. (3086)

TIERMARKT

Schöner, junger Zugschse, 9/10-jährig, zu verkaufen. Zu erfragen bei der Geschäftsstelle „Das Neue Baden“, Lahr. (3126)

Eine 26 Wochen trüchtige Zucht-kuh mit dem 2. Kalb zu verkaufen. Haus Nr. 36, Wittensweiler. (3127)

TAUSCHGESUCHE

Unberichtetes Damenfahrrad im Tausch abzugeben. Zuschriften unter Nr. 3114 L an „Das Neue Baden“, Lahr.

dadurch begründete offene Handelsgesellschaft hat am 2. April 1948 begonnen. Die Firma ist in Lahoma, Lahrer Holzmanufaktur Hennig & Schuch, geändert. Den 26. Juli 1948 (3120)

Handelsregister. Veränderung. Abt. B, Nr. 52: Arthur Krone & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lahr (Schwarzwald), (Schützenstraße 32). Heinrich Meyer in Neuenburg ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. (3121) Den 29. Juli 1948

Volksschauspiele Oetigheim Spielzeit 1948 Sonntäglich von Anfang August bis Anfang Oktober 13.30 bis 18.30 Uhr

DIE PASSION von JOSEF SAIER Musik von Karl Schaubert - Inszenierung: Felix Baumbach

Verbilligung der Anzeigenpreise! Ab 1. August treten neue Anzeigenpreise in Kraft. Neben der allgemeinen Verbilligung der Millimeterzeile erfahren Familien- und Kleinanzeigen sowie private Stellengesuche weitere beträchtliche Ermäßigungen.

„DAS NEUE BADEN“

GESCHÄFTLICHES Tapeten in reichhalt. Auswahl sofort lieferbar

JULIUS SEKINGER, LAHR Friedrichstr. 23 (3141)

Feuerfeste Steine und Plättchen in verschiedenen Größen für Backöfen, Öfen und Herde; ferner

geruesten Sand ab Lager abzugeben. MÜLLER, Kachelofenfabrik Lahr, beim Stadtpark. (3138)

HEINZ HOFFMEISTER

Konzerdirektion Mannheim Donnerstag, den 5. August, 19 Uhr Schwarzwald - Lichtspiele

Wilhelm Strienz bekannt von Rundfunk u. Schallplatte singt volkstümliche Lieder und Arien

Am Flügel: FRANZ SEMBECK Karten zu 1,50 u. 3.- DM am 5. August von 10 bis 12 und ab 16 Uhr an der Kinokasse (3081)

Achtung 65er-Frauen!

Die Frauen der Jahrgänge 82 - 83 - 84 treffen sich am Mittwoch, dem 4. Aug. zu einer wichtigen Besprechung im „Sternenkeller“, Lahr. (3119) Die Einberuferten

Laufende (3122)

Fahrten nach Freiburg zur Biga. Nächste Fahrt am Dienstag, 3. Aug. 1948. AUTO-ÖBERLE

Oeljarben, Bleimennige in Oel, Eisenlack schwarz, Rostschutzfarbe grau u. braun, Weißlack, Kunstharzlackfarben, Überzuglack jarbio, Karbolinuum, auch farblos, alles streichfertig.

Pinsel, Bürsten usw. preiswert bei FARBEN-SEKINGER, LAHR Friedrichstr. 23 (3140)

Göther Hanfbindfaden

Zabalgarn Schußmadergarn Sattlergarn Erntebündelgarn Verpäckungsstordel (versch. Stärken) (3124)

Kaufhaus Werner Krauß Lahr, Marktstraße 42